

# SENetz im Juni 2021

Mitgliederschnellbrief der Senioren-Union der CSU



## Für einen „Virus der Zuversicht“!

Verehrte Damen, liebe Freunde in der SEN der CSU,



alle haben wir die Umfragen der letzten Wochen, die uns eine Anhängerschaft unter den Journalisten:innen von ganzen drei Prozent bescheinigen, im Ohr, respektive schwer auf dem Magen liegen. Umso überraschter wird die WELT-Leser unter uns der Freitagskommentar von Ulf Poschardt in seinem Blatt hinterlassen haben. Der genaue Beobachter der Parteienszene hat sich die CDU der Gegenwart vorgeknöpft und dafür gesorgt, dass seine Begleiter beim Marsch durch die politische Landschaft die diversen Etappenziele der letzten 20 Jahre nicht aus den Augen lassen, wenn sie über den nächsten Problemlösungsschritten (zunächst anlässlich des 26. September) ins Grübeln geraten. Weshalb komme ich dazu, uns die CDU-Analyse vor Augen zu führen statt uns mit unserer eigenen Ausgangslage zu befassen?

Die Entscheidung des CDU-Führungskreises, erneut auf der eigenen Führungsfunktion zu beharren ("die große Schwester muss geheiratet haben, bevor die Kleine unter ihre Haube darf!"), erinnert nicht nur an das alte Recht, dass da keine Experimente zugelassen werden, sondern auch daran, dass die Kleine mit Blick auf das Ergebnis von Wahlen mit doch einigen anderen Akzentsetzungen aufwartet, deshalb eigentlich immer die, an unseren Grundsätzen und Überzeugungen gemessen, besseren Ergebnisse einführt. Das wohl auch deshalb, weil wir in dieser Rolle manchmal die authentischere Figur machen: konservativ, liberal und progressiv zugleich. Es zeigt sich auch an den

Wahlergebnissen immer schon: Die Idee unserer Gründer, allein zubleiben und an die Stelle des D das S zu setzen, hat uns in der Parteienszene gänzlich anders verortet und manche schwierige Entwicklung erspart. In Erinnerung an meine eigene GS-Zeit kann ich das aktualisiert nachempfinden: Ohne das S, die Garantie, dass wir auch Arbeitnehmer ansprechen und bedenken, wenn wir etwas planen, hat uns in den diversen Bevölkerungsgruppen stets auch Wählerschichten erschlossen, um die zu fighten die CDU sich selbst gebracht hat.

Warum ich das der Poschardt- Kommentierung vorausschicke? Unsere D-Partner haben nicht die Bodenhaftung wie sie bei uns selbstverständlich landesweit S- halber vorherrscht. Eine Partei, die immer und überall daran erinnert, dass eine gesellschaftlich/politische Maßnahme auch "dem kleinen Mann" taugen muss, hat diese Nähe, die uns in der CSU in meiner Generalsekretärszeit den Leitsatz "Näher am Menschen" beschert hat. Edmund Stoiber hat meine Erstforderung "nahe" in "näher" umgewandelt und damit selbst Hand angelegt, bevor wir das stimmenmäßig beste Wahlergebnis der CSU-Geschichte gemeinsam eingefahren haben. Gut, dass Markus Blume an der zwischenzeitlich wieder aufgegebenen Devise anknüpfen mochte.

In diesen Tagen steht es wie vorher nie an, sich diese Devise zu eigen zu machen: Poschardt drückt es aus: Wir haben die alte "Menschennähe" nicht auf den 1990 gewonnenen Osten übertragen; das stand in keinem Parteiprogramm und wurde deshalb sichtlich nicht (genug) praktiziert. Wie lange nicht wird es in diesem Bundestagswahlkampf (und am nächsten Sonntag schon in Sachsen-Anhalt) darauf ankommen, dass wir einen "face to face"-Wahlkampf, eine Debatte von Mann zu Mann und - im Osten noch mehr - von Frau zu Frau, auch "gemischt" führen. Plakate und Sprüche, Bierzelte und Gedrucktes werden die persönliche Nähe zum Nachbarn nicht ersetzen, höchstens ergänzen. Auch bei uns. Wir werden gefordert sein wie nie. Über aller Individualisierung der Politik in den Zeiten nach dem Zusammenschluss haben wir auf beiden Seiten des beseitigten Vorhangs vergessen, uns neue gemeinsame Maximen zu formulieren, die uns bei Treffen für die Zukunft Gemeinsamkeiten neu entdecken lassen.

Wenn ich die Lage richtig einschätze, dann kriegt die "Schwesternschaft vom schwarzen Orden" 2021 eine besondere Chance, den Wandel unserer Tage auch auf der nächsten Wegstrecke bis 2025 zu organisieren. Dass es dazu der Einigkeit

untereinander, der mutigen Vertretung eigener Grundsätze und der Unterstützung glaubwürdiger Vertreter bedarf, wissen wir Senioren wie keine andere Abteilung des Wahlvolkes. Lassen Sie uns im Sinne der Aufrufe von Ulf Poschardt miteinander unsere Zielvorgaben ungekürzt und -geschönt mit den Menschen im ganzen Freistaat und unseren Verwandten in den Landesteilen der großen Schwester "an die Menschen" herantragen, durch gutes Beispiel überzeugen und insoweit "Virus der Zuversicht" sein, gegen den es keine Impfung gibt, sobald er das Wirken angefangen hat!

Herzlich

Ihr



Dr. Thomas Goppel  
SEN-Landesvorsitzender

Hinweis:

Der nachfolgende Artikel erschien ursprünglich als kostenpflichtiger WELTplus-Artikel, den uns dankenswerterweise kostenlos zur Verfügung gestellt hat wurde. Der Verlag empfiehlt weitere Artikel und die Möglichkeit von kostenlosen Test-Abonnements unter [www.welt.de](http://www.welt.de)

## Hochmut der Selbstgerechten

Wenige Tage vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hat die AfD in Umfragen die CDU überholt. Auch in Sachsen liegt sie vorne. Wen das überrascht, der hat sich zu lange in den Wohlfühlwelten westdeutscher Umerziehungsmedien aufgehalten oder wechselt seine eigene Luxusliberalität mit den Realitäten im Osten, die auch 30 Jahre nach dem Fall der Mauer von einem Gefühl des Unverstandenseins, des Übergangenswerdens, der Entmündigung geprägt sind. Wer in diesen Tagen durch Dörfer in Sachsen-Anhalt fährt, sieht an den Plakatfrequenzen, wie tief sich dort die AfD auf kommunaler Ebene festgesetzt hat.

Der Umgang mit der Corona-Krise, aber auch die oft genug hysterischen Aktivismen für Klima, Genderstern:innen oder der Kulturkampf gegen das Auto (in diesen Regionen super wichtig), hat in diesen Ecken des Landes die Wahrnehmung verschärft, dass die Zeremonienmeister der Berliner Republik sich für sie nicht sonderlich interessieren. Nun mag man einen Teil, gerne auch einen größeren, der AfD-Wähler für unresoziablen Rechtsradikale halten, aber auch das dürfte nur diejenigen beruhigen, die ein zynisches Spiel mit dem sogenannten „Kampf gegen rechts“ veranstalten. Angela Merkels opportunistisches Schubsen der Union nach links unter Aufgabe konservativer und nationaler Nuancen hat die AfD gerettet. Denn diese maulende Verlierertruppe war eigentlich erledigt, bis ausgerechnet ein ziemlich deutscher Alleingang, eine Art nationalpatriotische Moralanstrenkung, in der Migrationskrise 2015 die schon Verschwindenden in die Parteienlandschaft betonierte.

Im Herbst 2014 verfasste der Lieblingsdemoskop Merkels, Matthias Jung, ein Papier mit dem Titel „Die AfD als Chance für die Union“. Darin hieß es, dass die Populisten für die Union eine „doppelte Chance“ böten: als Glaubwürdigkeitsgarant der Fokussierung auf die politische Mitte, wenn alles rechts davon zur AfD wandere. Zum anderen würden für Rot-(Rot-)Grün Mehrheiten schwieriger. Es war ein Spiel mit dem Feuer, und die Union hat sich dabei die Finger verbrannt. Wer die CDU so führt, kann sich nicht wundern, wenn es anders kommt. Weil eine Partei keine Senfmarke ist und auch nicht von Demoskopen oder Marketinggurus gesteuert werden sollte. Die im weberschen Sinne charismatische Herrschaft kommt ohne intellektuelle Autorität und auratischen Glanz nicht aus. Besonders bitter ist, dass die Kanzlerin mit ihrer überragenden Intelligenz zu ängstlich war, diese zur Formung eines modernen Werte- und Überzeugungskanons zu nutzen. Sie war und ist Getriebene eines technisch verstandenen Machterhalts. Die Partei ist aufgegeben.

So zynisch und überheblich der Anfang der Nichtstrategie der Union war, so holprig setzte er sich fort. Eigentlich nahm die Union unter Merkel bei jeder wichtigen Entscheidung jene Abbiegung, die eine sich schamlos radikalisierte AfD weiter stabilisierte. Da mochte das dürftige Geraune des Mächtigerndemagogen Höcke noch so brutal und völkisch sein, die Baerbockifizierung der Union stützte dies. Es war hochmütig von der Union, zu glauben, dass bürgerliche Konservative auch dann ihrer Partei als Wähler treu bleiben, wenn sie bei jeder Gelegenheit verraten werden.

Der Umgang mit Hans-Georg Maaßen ist ein Paradebeispiel jener Missachtung von demokratischen Prinzipien. Maaßen, der ehemalige Chef des Verfassungsschutzes, hochintelligent und spleenig ins Rechts-Ungenaue irrlichternd, will der CDU helfen, indem er für sie kandidiert. Als Frontrunner der Werte-Union steht er garantiert für den konservativsten und wohl auch rechtsten Teil der Union – was aber angesichts einer bis in die linke Mitte gerutschten CDU wenig heißt. Volksparteien (noch könnte die Union eine

ULF POSCHARDT

sein) müssen einen breiten Korridor an Meinungen zulassen. Natürlich hat eine Werte-Union,

auch wenn sie vornehmlich stumpf daherkommt, einen Platz in einer bürgerlich-konservativen Partei. Dass Armin Laschet, der große Integrator, als erste oder zweite Amtshandlung Maaßen sinnlos anzählt, verdeutlicht, wie groß der Druck der *Union der Mitte* ist, sich so zu präsentieren, dass einem im Elfenbeinturm noch applaudiert wird.

Dass die CDU-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt die Gebührenerhöhung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verhindert hat, ist ebenso heroisch wie wegweisend. Es war ein Signal dafür, wie verzweifelt jene, die eben nicht AfD-Populisten sein wollen, die kulturellen Hegemonialmächte der Berliner Republik als Teil ihres Problems verstehen. Der mit Gebühren üppig finanzierte Rundfunk hat sich längst mit der Dämonisierung der bürgerlichen Mitte gemeingemacht – bis in die aktivistischen Verästelungen des Kampfes gegen rechts. Böhmermanns Reden von der „AFDP“ und die Denunziation leisester Kritik von aufgeklärten Liberalen am öffentlich-rechtlichen Rundfunk als „populistisch“ durch hochbezahlte, führende Köpfe des ÖRR sind nur einige Beispiele von Parteilichkeit und Intoleranz. Links der Mitte wird das bejubelt, weil es als Rechtfertigung für immer aggressivere Umerziehungsschübe in der Mitte und bei Konservativen gilt.

Der Angriff auf den gemäßigten Armin Laschet in einer Talkshow mit ungeheuerlichen Antisemitismusvorwürfen durch eine Vorturnerin der Klimabewegung war ein Signal, das jeder in Sachsen und Sachsen-Anhalt verstanden hat: *Ihr könnt jetzt auch CDU wählen, ihr seid trotzdem Nazis.* Besonders grotesk war dieser über Tage diskutierte Anwurf vor allem deshalb, weil der internationale Arm von Fridays for Future wenig später als eine im Nahost-Konflikt real antisemitische Truppe agierte.

Böhmermann und Neubauer (sie stehen pars pro toto und sind nur austauschbare Exemplare), die linken NGOs, die Schlepperschiff-Flüchtlingsretter der Kirche, die Sprach- und Denkbelehrer und -richter, die moralischen Manichäer, die nur ihre privilegierten Lebenswelten abbilden und totalisieren, sie müssen sich fragen, ob sie so weitermachen wollen mit der Spaltung der Gesellschaft. Am Ende stehen Verhältnisse wie in den USA, Großbritannien oder eben Frankreich, wo Macron damit rechnen muss, von einer Rechtsaußenkandidatin wie Marine Le Pen aus dem Élysée gejagt zu werden. Die zynische Strategie der vermeintlichen Antifa will diese Zuspitzung. Böhmermann will das und seine Claqueure auch, die öffentlich-rechtlichen Journalisten tun mit ihrer streberhaften Gender-Unsprache und ihrer ewigen politischen Korrektheit wirklich alles dazu, dass der Gap zwischen elitärer Lebenswelt, gentrifizierter Urbanität und abgehängten Milieus im östlichen ländlichen Raum größer wird. Auch Linke wie Sahra Wagenknecht und Boris Palmer haben das verstanden. Deswegen sind sie links verhasst.

Der Irrsinn der „Bundesnotbremse“, die Freiheitseinschränkungen mit wenig Sinn und kaum Verstand – das hat nicht nur in Bürgern mit Diktaturerfahrungen ungute Erinnerungen geweckt. Die Rolle einer aktivistischen, übergriffigen Wissenschaft, die ihren Hochmut kaum verbergen wollte, hat in der Corona-Pandemie den Ton gesetzt und wird beim Klima reaktiviert. Solange das Wahlrecht nicht an ein „Zeit Online“-Abo gebunden ist oder an die Mitgliedschaft in einem EKD-Arbeitskreis zur Rettung der Welt, wird das die AfD stärker machen. Jede weitere Umdrehung eines vermeintlichen Kampfes gegen rechts, der eigentlich die radikale Rechte stärkt, um die Mitte zu treffen, nagt an den Fundamenten der Republik.

ulf.poschardt@welt.de